



Deutsche-Bank-Chefs Fitschen, Jain: Weg von der Kultur der Gier

# Odins Hammer

Die neuen Chefs der Deutschen Bank versprochen einen Kulturwandel, stattdessen werden sie von Ermittlungen und Affären überrollt: Das führende Geldhaus des Landes ist angeschlagen wie selten zuvor. Seine Führung ist es auch.

Es ist der Mittwoch der vergangenen Woche, neun Uhr, Jürgen Fitschen sitzt in seinem Büro in der Vorstandsetage der Deutschen Bank in Frankfurt am Main. Seit Mai führt er neben Anshu Jain das größte Geldhaus des Landes. Fitschen ist guter Dinge an diesem Morgen. Er weiß noch nicht, was sich zur gleichen Zeit ganz unten in den gläsernen Zwillingstürmen abspielt.

20 Einsatzwagen parken vor dem Eingang, später kreist in der Luft ein Hubschrauber – so erzählen Deutsch-Banker. Hunderte Beamte drängen in die Gebäude, Polizisten mit Schusswaffen sichern die mit einem Weihnachtsbaum geschmückte Lobby.

Als Fitschen hört, die Staatsanwaltschaft sei im Haus, fragt er sich noch, was der Grund für den Besuch sein könnte. Aber da stehen die Ermittler schon bei ihm im Zimmer – und sagen es ihm.

Wegen des Verdachts der „schweren Steuerhinterziehung“ werde gegen ihn ermittelt. Er soll eine falsche Umsatzsteuererklärung unterzeichnet haben. Die

Fahnder durchsuchen auch Fitschens mit wenigen Möbeln und einigen exotischen Kunstwerken ausgestattetes Büro, schnell sind sie wieder weg.

So wurde noch kein deutscher Weltkonzern öffentlich von der Staatsgewalt gedemütigt. Wie einen Großeinsatz gegen das organisierte Verbrechen hatte die Frankfurter Staatsanwaltschaft ihre Razzia gegen die Deutsche Bank organisiert. Fünf Manager wurden festgenommen, sie sollen sogar in U-Haft bleiben. Nur einer durfte nach Hause – aus gesundheitlichen Gründen.

Es war eine Demonstration der Stärke auf der einen Seite und der Hilflosigkeit auf der anderen: Die Deutsche Bank, noch immer eines der größten Finanzinstitute der Welt, lange Zeit das Symbol der deutschen Wirtschaft schlechthin, ohne die nichts ging im Land, deren Rat gefragt war bis in höchste Regierungskreise – vorgeführt wie eine Bande Krimineller.

Es geht um Steuerbetrug im Handel mit Emissionszertifikaten, aber auch um

unterlassene Anzeigen wegen Geldwäsche und Strafvereitelung, keine Kleinigkeiten also. Die Härte des Vorgehens ist dennoch beispiellos, offenbar verliert die Justiz die Geduld mit einer Bank, die fast nur noch mit Skandalen Schlagzeilen macht. Besonders spektakulär ist dieser Fall auch deswegen, weil mit dem Co-Vorsitzenden Jürgen Fitschen und dem Finanzvorstand Stefan Krause gleich zwei Vorstände zu den Beschuldigten gehören.

Fitschen ist empört. Er ruft den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier an. Was denn der massive Einsatz der Staatsanwaltschaft solle, fragt er. Es habe eine verheerende Wirkung auf das Außenbild des größten deutschen Kreditinstituts, wenn Bilder und Berichte von bewaffneten Polizisten in der Bank um die Welt gingen. Das mache es nicht leichter, im Ausland die besten Mitarbeiter für die Bank zu gewinnen.

Bouffier bleibt ruhig, reagiert kühl. Es sei aus seiner Sicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft, den Umfang und die Details solcher Einsätze festzulegen, sagt der



Pas to Pe

Razzia bei der Deutschen Bank am Mittwoch vergangener Woche

CDU-Politiker, da könne er sich nicht einmischen.

Intern macht Fitschen kein Hehl daraus, dass er für den massiven Einsatz der Staatsgewalt kein Verständnis hat. Doch nach außen gibt er sich moderat: „Ich halte das Vorgehen in Teilen für überzogen“, sagt er da.

Es ist eine bittere Ironie, dass nun ausgerechnet gegen ihn ermittelt wird. Der Norddeutsche leitete lange Jahre das Firmengeschäft des Instituts, er gilt als solide, als klassischer Deutsch-Banker, der die alten Tugenden des Hauses vertritt. Deshalb stellte ihn der Aufsichtsrat auch an die Seite des Investmentbankers Jain. Dem allein wollten die Aufseher die Führung des Hauses nicht anvertrauen; einer Bank, die mehr als 100 000 Beschäftigte in über 70 Ländern hat und mehr als 20 Millionen Kunden bedient.

Gemeinsam sollte diese Doppelspitze wiedergewinnen, was die Deutsche Bank in den Jahren seit der Finanzkrise im wahrsten Sinne des Wortes verspielt hatte: das Vertrauen der Kunden und der Öffentlichkeit.

„Vertrauen ist der Anfang von allem“ – so hatte die Bank vor Jahren geworben. Wenn das wahr ist, gilt aber auch: Verlorenes Vertrauen ist der Anfang vom Ende.

Denn wer gibt sein Geld einer Bank, die zockt und dubiose Geschäfte macht? Die im Verdacht steht, die eigenen Kunden betrogen, mit Kriminellen gedealt und die eigene Bilanz manipuliert zu haben?

Gegen all diese Vorwürfe müssen sich Jain und Fitschen wehren. Seit sie im Juni ihr Amt antraten, vergeht kaum ein Monat, manchmal kaum eine Woche, in der nicht neue Vorwürfe gegen die Deutsche Skandal-Bank bekanntwerden.

Heerscharen von Anwälten kümmern sich inzwischen um die vielen Prozesse, Verfahren und Ermittlungen, in die das Institut verstrickt ist. Wie groß das Risiko genau ist, das ihr aus all den Rechtsstreitigkeiten droht, will und kann die Bank wohl auch nicht sagen. Mehrere Milliarden beträgt es in jedem Fall.

Allein eine Milliarde Euro könnte die Niederlage im Kirch-Prozess kosten, der zweite schwere Schlag der vergangenen Woche: Am Freitag entschied das Münchner Oberlandesgericht, dass die Deutsche Bank den Erben des Medienunternehmers Leo Kirch Schadensersatz in noch unbekannter Höhe zahlen muss (siehe Seite 32).

Die Aufarbeitung all der Skandale kostet nicht nur Geld, sondern auch Kraft – und weitere Glaubwürdigkeit. Und das in einer Zeit, in der die Deutsche Bank angeschlagen ist wie lange nicht. Die Gewinne geraten unter Druck, und die Politik droht mit strenger Regulierung. Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück droht sogar, die Deutsche Bank aufzuspalten.



Einsatzfahrzeuge vor der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt am Main: Eine Demonstration

Jain und Fitschen wollen diesen Niedergang aufhalten, sie haben der Bank deshalb einen drastischen Kulturwandel verschrieben. Seit Monaten verkünden sie landauf, landab die Botschaft von der neuen Deutschen Bank, die mit der alten nichts mehr zu tun habe: Es ist eine Bank, die stets an die Kunden denkt und die nicht mehr jedes Geschäft macht, das Geld bringt.

„Wir haben ein neues Kapitel in der Entwicklung unserer Bank aufgeschlagen“, schrieb auch Paul Achleitner, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Ende Juni an die „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Er forderte den Kulturwandel, den es brauche, um das Ansehen der Bank „als Eckpfeiler einer modernen Gesellschaft wiederherzustellen“. Da war gerade bekanntgeworden, dass Mitarbeiter der Bank zusammen mit anderen den Leitzins Libor manipuliert haben sollen.

Das alles seien Altlasten aus einer anderen Zeit, betonen die Vertreter der Bank. Doch mit jedem neuen Skandal stellt sich die Frage, ob nicht auch Fitschen und Jain selbst zu diesen Altlasten zählen. Und ob die Deutsche Bank nicht schon den nächsten Neuanfang braucht.

### Fitschen kämpft um seinen Ruf

Der Co-Chef gibt sich kämpferisch. „Wir haben nichts zu verbergen, es ist auch in unserem Interesse, dass der Sachverhalt vollständig aufgeklärt wird“, sagt er. „Wir

werden weiterhin mit der Staatsanwaltschaft kooperieren, die Probleme sind lösbar.“

Tatsächlich geriet Fitschen wohl eher durch Zufall in die Fänge der Justiz. Weil der damalige Chef Josef Ackermann außer Haus war, unterschrieb er die Umsatzsteuererklärung des Jahres 2009, die ihm nun zum Verhängnis werden könnte. Denn die Angaben in dem Papier waren nach Ansicht der Ermittler falsch, weil Mitarbeiter der Bank an einem Fall von Steuerhinterziehung mitgewirkt hätten.

Dubiose Firmen sollen in den Jahren 2009 und 2010 mit Hilfe der Bank im großen Stil Zertifikate für den Ausstoß von Treibhausgasen gehandelt und sich damit unrechtmäßig Steuererstattungen erschlichen haben. Dieses Umsatzsteuerkarussell, in dem hohe Summen rasant von einer Briefkastenfirma zur nächsten gereicht wurden, machte selbst die Ermittler schwindlig.

Möglich war das Konstrukt, weil der Handel mit den Papieren über innereuropäische Grenzen hinweg steuerfrei ist. Das lud zum Missbrauch geradezu ein: Eine Firma in Deutschland kaufte Emissionsrechte bei einem ausländischen Partner, ohne Umsatzsteuer zu entrichten. Über mehrere Stationen reichten die Betrüger die Papiere weiter, um die Spur zu verwischen. Das letzte Unternehmen führte die Verschmutzungsrechte schließlich wieder aus Deutschland aus und ließ



KAI PFÄFFENBACH / REUTERS

der Stärke – und der Hilflosigkeit

sich vom deutschen Fiskus die Umsatzsteuer erstatten.

Wie aus Dokumenten der Staatsanwaltschaft hervorgeht, fanden die betrügerischen Firmen in der Deutschen Bank willige Partner. Zwischen September 2009 und Februar 2010 erwarb das Geldhaus von vier verdächtigen Firmen Verschmutzungsrechte in großem Stil und konnte so 211 Millionen Euro Vorsteuer geltend machen.

Die Investmentbank versteht sich als eines der weltweit führenden Handelshäuser für Wertpapiere aller Art; was Umsatz bringt, ist daher willkommen. Mitarbeiter der Bank machten mit. Dabei hatte schon Ende 2009 die britische Zoll- und Steuerbehörde HMRC das Kreditinstitut gewarnt, 85 bis 95 Prozent des Emissionshandels seien „mit Betrugs kriminalität behaftet“. Und schon damals ermittelte eine Sonderkommission der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft, die sich den Namen des germanischen Gottes Odin gegeben hat.

Odins Hammer kam schnell: Im Frühjahr 2010 ließen die Ermittler ein Netz dubioser Handelsfirmen hochgehen, sie durchsuchten im Zuge einer Razzia im In- und Ausland auch Räume der Deutschen Bank. Die Ermittler hatten zu diesem Zeitpunkt fünf Mitarbeiter des Kreditinstituts im Verdacht, an dem Karussell beteiligt gewesen zu sein. Doch es waren nicht diese fünf Banker, derent-

wegen die Fahnder mehr als zweieinhalb Jahre später ein zweites Mal aufmarschierten. Diesmal kamen sie mit noch mehr Leuten – und mit neuen Vorwürfen. Es ging ihnen um hochrangige Mitarbeiter der Abteilung, die eigentlich Geldwäsche bekämpfen soll, sie sollen die betrügerischen Handelsgeschäfte wider besseres Wissen genehmigt haben. Und um Mitarbeiter der EDV- sowie der Rechtsabteilung. Sie hätten, so der Vorwurf, Daten verschwinden lassen, die von der Staatsanwaltschaft nach der ersten Razzia 2010 bei der Bank angefordert wurden.

Fünf Haftbefehle brachten die Fahnder nun mit. Zwei EDV-Mitarbeiter, zwei aus der Rechtsabteilung, einen Geldwäsche-Experten setzten sie fest. Sie blieben bis auf einen, der ein Attest vorlegen konnte, auch nach der Vorführung beim Haftrichter in Gewahrsam. Dieses Mal wollten die Fahnder ganz sicher sein, dass ihnen nichts durchgeht.

## Der Verrat der ersten Razzia stachelte den Ehrgeiz der Fahnder offenbar zusätzlich an.

Außerdem suchten sie nach Hinweisen auf einen Tipgeber, der die Zertifikatehändler der Deutschen Bank vor dem ersten Besuch der Staatsanwaltschaft am 28. April gewarnt haben soll. Denn vor der Razzia im Frühjahr 2010 war die Bank ganz offensichtlich alarmiert worden. Am Abend des 27. April, ab 20.37 Uhr, wurde ein Firmenkundenbetreuer der Bank, der in den Emissionshandel verstrickt war, von seinem Chef telefonisch auf die am nächsten Tag anstehende Durchsuchung vorbereitet: „Ich wollte nur sagen, wir haben durchaus Hinweise, dass morgen die Staatsanwaltschaft kommen könnte“, kündigte der damalige Leiter eines Marktgebiets seinem Untergebenen an.

Fahnder hatten die Leitung der beiden Banker angezapft und protokollierten das Gespräch. Der Vorgesetzte ließ darin durchblicken, dass die Bank wohl nicht nur eine Quelle habe. Die Information sei ihnen so zugetragen worden, über fünf verschiedene Kanäle, ließ er seinen Mitarbeiter wissen.

In dem Gespräch ging es unter anderem darum, dass die Ermittler möglichst nicht mitbekommen sollten, dass die Bank vorgewarnt war. Der Vorgesetzte riet, auf keinen Fall den Eindruck zu erwecken, dass man sich auf das Thema vorbereitet oder schnell Maßnahmen ergriffen habe.

Wahrscheinlich würden die Ermittler nach dem Laufwerk des Computers fragen und sich eine Kopie ziehen, erläuterte der Vorgesetzte weiter. Wichtig sei, dass auf Seiten der Bank immer ein Jurist dabei sei, der sich mit so einem Thema auskennt. Man solle ansonsten unbefangen mit dem Thema umgehen.

Der Verrat vor der ersten Razzia stachelte den Ehrgeiz der Ermittler offenbar zusätzlich an. Außerdem fühlen sie sich von der Deutschen Bank hintergangen. Die habe, so der Vorwurf, nach der ersten Razzia nicht so akribisch kooperiert, wie sie behauptet.

Ende April 2010 hatten das Bundeskriminalamt und Juristen der Deutschen Bank einen schriftlichen Katalog erstellt, welche Informationen der Geldkonzern den Behörden zu dem Umsatzsteuerkarussell noch liefern sollte: E-Mails, Dokumente, Tabellen und Präsentationen rund um 40 Beschäftigte der Bank.

Das Geldhaus lieferte im Spätsommer 2010 mehrere Festplatten mit knapp einem Terabyte Daten. Dann hörte die Bank fast zwei Jahre lang nichts. Im Mai 2012 meldete sich die Staatsanwaltschaft und warf dem Konzern vor, es gebe in den angeforderten Daten Lücken. Einen Teil der Informationen lieferte die Bank nach, manche – so die Sicht des Instituts – ließen sich zwei Jahre später jedoch nicht mehr rekonstruieren, zumal die Daten teilweise bei Siemens und IBM ausgelagert gewesen seien – während die

Staatsanwaltschaft davon ausgeht, dass eine Sicherung der Daten bei der Bank möglich gewesen wäre.

Außerdem wirft sie der Bank vor, sie habe absichtlich Material verzögert und unvollständig gesichert und erst dann übergeben, so dass Mitarbeiter die Gelegenheit gehabt hätten, beispielsweise E-Mails zu löschen. Insgesamt handele es sich um 20 000 gelöschte Objekte. Von neun Mitarbeitern seien überhaupt keine Mails geliefert worden. Auch seien bei allen E-Mail-Konten Mails entgegen der Versicherung der Bank vor der Übergabe an die Ermittler noch einmal geöffnet worden. Das geht aus einem Beschluss der Staatsanwaltschaft Frankfurt hervor.

Die Ermittler sollen jedoch auch selbstverschuldete Probleme mit der Datenverarbeitung gehabt haben. „Die sind im Datemüll eroffen“, sagt ein Insider.

Auch mehrere Gespräche zwischen einem von der Bank engagierten Rechtsanwalt und Ermittlern trugen nicht dazu bei, die Differenzen auszuräumen. Vielmehr wirft die Staatsanwaltschaft der Bank vor, sie habe über den Rechtsanwalt den Grund für die Unvollständigkeit der Daten verschleiert.

Schließlich reichte es den Fahndern. Sie marschierten in die Zwillingstürme ein.

Als sie Fitschen dort die Vorwürfe gegen ihn und seinen Finanzvorstand vorlasen, war der Manager perplex. Zwischen Mai und Oktober 2010, fast ein halbes Jahr lang, hatte die Bank durch die Kanzlei Clifford Chance prüfen lassen, ob sich ihre Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Zertifikatehandel etwas zuschulden kommen ließen. Ihr damaliges Zwischenergebnis: Es handle sich wohl höchstens um leicht fahrlässiges Verhalten.

Deshalb könne die Deutsche Bank in der Umsatzsteuererklärung für 2009 die Vorsteuer für die Emissionshandelsgeschäfte geltend machen, erklärte das Institut dem Finanzamt und reichte im Dezember 2010 die Umsatzsteuererklärung ein. Sie gelte unter dem Vorbehalt, dass es sich um vorläufige Erkenntnisse handle, fügten die Banker hinzu. Einblick in

Ermittlungsakten hatten sie zur Zeit ihrer Untersuchung noch nicht. Als die Staatsanwaltschaft Frankfurt im Sommer 2011 Anklage gegen die betrügerischen Handelsfirmen erhob, änderte sich auch die Einschätzung der Deutschen Bank. Sie korrigierte ihre Steuererklärung. „Anders als die Staatsanwaltschaft vertritt die Deutsche Bank die Auffassung, dass diese Korrektur rechtzeitig erfolgte“, erklärte die Bank.

Das Unternehmen habe zu spät korrigiert, sagt dagegen die Staatsanwaltschaft. Die Ermittler kamen schon nach ihren ersten Recherchen zu dem Schluss, dass die Deutsche Bank tief in die Sache



Finanzvorstand Krause  
Vorgeführt wie eine Bande Krimineller

verstrickt war – und das auch schon 2009 gewusst haben musste.

Die Verantwortlichen hätten doch „zumindest erkennen können, dass sie in ein Betrugsverfahren eingebunden sind“, hielt ein leitender Steuerfahnder des Finanzamts Frankfurt I schon Ende 2009 in einem internen Vermerk fest: Schließlich seien der Bank die Emissionspapiere regelmäßig auffällig billig angeboten worden – zu Preisen, die unter den Kursen der Leipziger Börse gelegen hätten. Jeder seriöse Verkäufer hätte das Geschäft zu dem besseren Preis über die Börse abgewickelt, statt die Papiere der Bank für weniger anzubieten.

Wenige Wochen später hatten die Fahnder schon so viel belastendes Material zusammengetragen, dass die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt ihr Ermittlungsverfahren auch formal auf „Verantwortliche der Deutschen Bank AG“ ausweitete. Es lägen „objektive Unterstützungshandlungen“ der Bank vor, diagnostizierte der ermittelnde Oberstaatsanwalt Thomas Gonder. Einige Deutsch-Banker hätten ganz offensichtlich „vorsätzliche Hilfe“ zur bandenmäßigen Steuerhinterziehung geleistet.

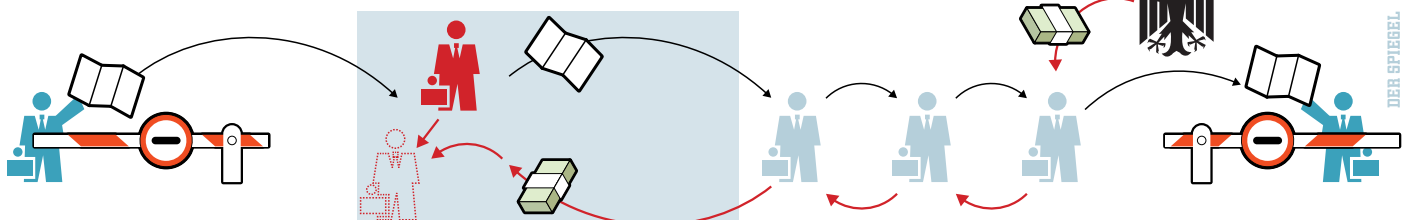
Dabei hatten die Fahnder zu diesem Zeitpunkt noch nichts gefunden, was nicht auch die internen Ermittlungen der Bank einige Monate später problemlos hätten aufdecken können. Denn einige der Firmen, die beim Umsatzsteuerkarussell mitspielten, wickelten ihre Geschäfte praktischerweise auch gleich über Konten bei der Deutschen Bank ab. Anhand der Kontobewegungen, die von der Bank mit einem Knopfdruck nachzuvollziehen gewesen wären, hätte sich der Verdacht der Steuerhinterziehung „geradezu aufdrängen“ müssen, urteilten die Fahnder.

Da gab es etwa die neugegründete Mini-Firma Lösungen 360 GmbH, die sich binnen weniger Wochen zu einem Haupthandelspartner der Bank im Zertifikatehandel entwickelte und ihr immer neue Papiere zum Schnäppchenpreis andiente.

Im August 2009 überwies die Bank der Firma dafür innerhalb von drei Tagen mehr als 13 Millionen Euro auf das Firmenkonto. Kurz darauf war das Geld von diesem Konto fast komplett abgeräumt und in Richtung London verschwunden. Für die Umsatzsteuer, die die Vorlieferanten eigentlich hätten zahlen müssen, war schlicht nichts mehr da. Trotzdem machte die Bank für sich die Erstattung der Steuer in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro ungerührt beim Fiskus geltend.

Ein anderes Mal erhielten die Deutsch-Banker die Zertifikate für 30 000 Tonnen CO<sub>2</sub> von einer Klitsche namens Shafiq Handelsgesellschaft, die nach Erkenntnissen der Ermittler bis dahin nur als „Be-

## Steuerkarussell Wie Unternehmen das Finanzamt um die Umsatzsteuer betrügen



**1** Ein Händler im EU-Ausland verkauft ein Zertifikat an ein Unternehmen in Deutschland, dabei fällt **keine Umsatzsteuer** an.

**2** Das Unternehmen verkauft innerhalb Deutschlands weiter und **kassiert dabei 19 Prozent Umsatzsteuer**. Die müsste es abführen – was es nicht tut. Die Täter tauchen mit dem Geld unter.

**3** Das Papier wechselt noch viele Male den Besitzer ...

**4** ... bis es wieder über die Grenze weitergereicht wird. Der letzte Verkäufer in Deutschland lässt sich vom Staat die 19 Prozent Umsatzsteuer erstatten, weil beim Export innerhalb der EU keine Steuern anfallen.

treiberin einer Imbissstube in Heidelberg“ aufgefallen war. Das schien den Bankleuten dann aber wohl doch etwas zu heiß. Sie schickten die Zertifikate lieber zurück. Kurz darauf allerdings kamen dieselben Papiere auf dem klassischen Weg über die Lösungen 360 GmbH wieder zur Bank – und wurden wie selbstverständlich akzeptiert.

Den Fahndern erschien es schlicht „nicht vorstellbar“, dass Deutschlands größter Geldkonzern Millionengeschäfte mit Firmenklitschen machen könnte, deren Seriosität und Bonität er so gut wie nicht geprüft hat. Sonst wäre der Bank zweifellos aufgefallen, dass ihre wichtigsten Zertifikatlieferanten weder Referenzen vorweisen konnten noch über eigene Büroräume verfügten – und zum Teil nicht einmal über Geschäftsführer mit deutschem Wohnsitz, an die man sich bei zivilrechtlichen Streitereien hätte halten können.

Tatsächlich hätte sich den Verantwortlichen bei der Deutschen Bank nicht nur die Frage aufdrängen müssen, wie denn solche dubiosen Firmen an die Mittel gekommen sein könnten, für die Bank Emissionszertifikate im dreistelligen Millionenwert beschaffen zu können, notierte Chefermittler Thomas Gonder bereits im Januar 2010: „Ihnen musste auch der betrügerische Hintergrund der Geschäfte bewusst gewesen sein.“

Die Bank erklärt dazu, sie habe aus damaliger Sicht über angemessene Kontrollprozesse verfügt, die darauf abzielten, nur mit sauberen Kunden Geschäfte zu machen. Man habe ja auch Kunden abgelehnt.

### Anshu Jains toxische Altlasten

Auch wenn gegen Fitschen nun ermittelt wird: Mit den Geschäften, um die es in dem Verfahren wirklich geht, hatte er in

der Vergangenheit nichts zu tun. Die fielen in den Zuständigkeitsbereich seines heutigen Co-Chefs Anshu Jain – wie so viele Altlasten, die sich mittlerweile als toxisch erweisen.

Der gebürtige Inder baute von London aus das Investmentbanking der Deutschen Bank aus. Er machte das Institut zu einer Institution in der Welt des schnellen Geldes. Sie sollte in einer Liga mit den ganz Großen des Gewerbes spielen.

Das hat Jain tatsächlich geschafft. Aber um welchen Preis?

In seinem Untersuchungsbericht zu den Ursachen der Finanzkrise greift der amerikanische Senat nur zwei Banken heraus, deren Geschäfte mit toxischen Papieren eine „Schlüsselrolle in der Finanzkrise“ gespielt hätten: Goldman Sachs und die Deutsche Bank.

Immer mehr wird die Bank nun eingeholt von diesen zweifelhaften Geschäften. In den USA wird das Frankfurter Institut anhaltend mit Klagen überzogen: von einem niederländischen Pensionsfonds über Versicherungen bis hin zu anderen Banken. Manche wollen ihr investiertes Geld zurück, andere fordern Schadenersatz. Auch da geht es um Milliarden.

Die Vorwürfe sind immer die gleichen, und fast überall taucht das Wort „Betrug“ auf: Die Deutsche Bank soll bei ihren milliardenschweren Geschäften mit Immobilienkrediten gelogen, betrogen und hintergangen haben. Sie soll ihre Kunden geprellt und sich dabei bereichert haben. Sie soll wilder gezockt und dabei weniger moralische Verantwortung gezeigt haben als viele andere.

Immer wieder laufen neue Klagen gegen die Frankfurter auf, auch von vielen US-Bürgern, die ihr Eigenheim verloren haben. Mehrere Staatsanwaltschaften ermitteln wie auch die amerikanische Börsenaufsicht SEC.

Im Sommer reichte eine Gesellschaft mit Sitz in Irland vor einem Gericht in New York eine Klage gegen die Deutsche Bank ein. Die Gesellschaft, sie trägt den Namen Sealink Funding, wirft ihr Betrug vor. Der Fall ist besonders pikant. Denn hinter der Klage steht letztlich der Freistaat Sachsen. Es geht um deutsches Steuergeld – und um einen der größten deutschen Skandale der Finanzkrise: die Beinahe-Pleite der Landesbank Sachsen. Laut der Klageschrift trägt die Deutsche Bank an dem Desaster erhebliche Mitschuld.

In den Jahren vor der Finanzkrise hatte die Sachsen LB groß mitspielen wollen im Markt für verbrieft Immobilienkredite. Sie gründete dafür eigens eine Tochtergesellschaft in Irland.

Die Folgen waren katastrophal. Am Ende liefen Milliardenverluste auf. Bankvorstände wurden angeklagt, Politiker aus dem Amt gejagt. Die Landesbank Sachsen musste Ende 2007 in einem Notverkauf durch die Landesbank Baden-Württemberg gerettet werden. Doch ausgeschlossen davon waren ausdrücklich die toxischen Wertpapiere, die das Drama ausgelöst hatten. Sie wurden ausgelagert in eine Gesellschaft, für die nun der Staat haftet: Sealink.

Noch immer zahlt der Freistaat für die Giftpapiere: Der Steuerzahler muss für bis zu 2,75 Milliarden Euro bürgen. Bislang wurden über 400 Millionen Euro Garantiezahlungen fällig. Allein in den ersten neun Monaten 2012 musste das Bundesland rund 150 Millionen Euro Ausfälle bei Sealink zahlen.

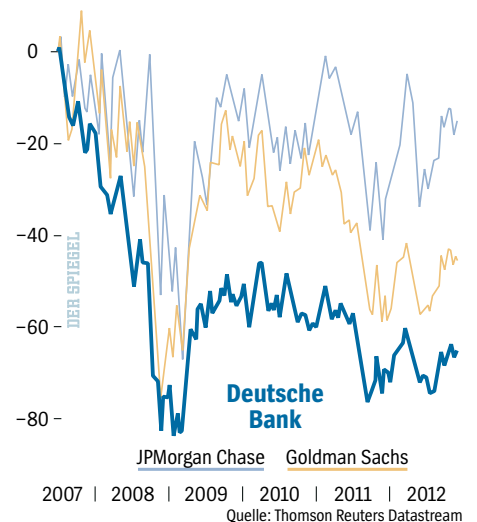
Die Klageschrift von Sealink offenbart nun, woher ein erheblicher Teil der Wertpapiere stammt, die die Sachsen LB in den Abgrund rissen: von der Deutschen Bank. Rund 960 Millionen Euro an sogenannten Residential Mortgage Backed Se-



Bankchef Ackermann am 31. Mai: Das Vertrauen der Öffentlichkeit verspielt

### Breite Streuung

Kursentwicklung ausgewählter Bankaktien, Veränderung gegenüber 1. Juli 2007, in Prozent





**Handelsraum der Deutschen Bank in New York:** *Eine Institution in der Welt des schnellen Geldes*

LANCASTER/VERASIMAGES/AG. FOCUS

curities hatte das Frankfurter Institut den Zweckgesellschaften der Sachsen LB alleine 2006 und 2007 angedreht.

Die Entscheidung, in die Papiere zu investieren, sei „zu einem substantiellen Teil gefallen wegen der Rolle der Deutsche Bank“. Zu Deutsch: Man habe darauf vertraut, dass die Papiere solide seien, weil das größte Institut der Republik daran beteiligt war.

Doch tatsächlich seien die Wertpapiere „von schlechter Qualität“ gewesen, „und die Deutsche Bank wusste es“. Mehr noch, sie habe absichtlich „einen falschen Eindruck erweckt“. Das Verhalten der Bank sei „dreister Betrug“.

So steht das auf rund 140 Seiten, detaillierte Vorwürfe, wie die Händler des Frankfurter Instituts die Käufer der Sachsen LB angeblich absichtlich hinter das Licht geführt hätten. Alle Papiere seien heute nur noch „Junk“, Müll, die Verluste „substantiell“, und schuld daran sei neben einer Reihe anderer Großbanken, die ebenfalls verklagt wurden, die Deutsche Bank, die die Papiere mit miesen Hypotheken vollgeladen und ihre Kunden nicht gewarnt habe.

Deswegen sollen die Geschäfte nun „rückgängig“ gemacht werden. Soll heißen: Die Deutsche Bank soll Hunderte Millionen Dollar zurückerstatten. Der Konzern weist die Vorwürfe zurück. „Die Deutsche Bank hält die Klage für unbegründet und wird sich mit allen rechtlichen Mitteln verteidigen.“ Immer wieder gibt

es vergleichbare Fälle, immer wieder tauchen auch neue Vorwürfe auf: Die Vergangenheit lässt die Frankfurter nicht ruhen.

Vor wenigen Tagen erst warf der frühere Mitarbeiter Eric Ben-Artzi dem Geldhaus öffentlich vor, komplizierte Derivategeschäfte in der Finanzkrise falsch verbucht und so Verluste von mindestens vier Milliarden Dollar vermieden oder verschleiert zu haben (SPIEGEL 50/2012).

Seit zwei Jahren liegt der Fall bei der US-Börsenaufsicht SEC, die sich bisher nicht dazu geäußert hat. Käme es zu einer Strafe für die Deutsche Bank, könnte Ben-Artzi auf eine hohe Belohnung als Whistleblower (interner Informant) hoffen. Die Deutsche Bank weist die Vorwürfe energisch zurück, sie habe sie durch eine externe Kanzlei und Wirtschaftsprüfer untersuchen lassen. Auch die deutsche Finanzaufsicht BaFin beanstandete die Praxis nicht.

Doch Ben-Artzi will nicht lockerlassen. Er hat vorgeschlagen, seine Argumente und Berechnungen dem Aufsichtsrat der

Deutschen Bank persönlich zu präsentieren – bei der nächsten Sitzung des Gremiums. „Dr. Ben-Artzi glaubt, dass die Aufsichtsräte bislang noch keinen akkuraten und vollständigen Überblick über alle Fakten und rechtlichen Aspekte bekommen haben“, so Jordan Thomas, der Anwalt von Ben-Artzi.

In dem Kontrollgremium gibt es zwar unterschiedliche Meinungen zu diesem Angebot. Aber in Aufsichtsratskreisen heißt es, Oberkontrolleur Achleitner denke nicht daran, Ben-Artzi noch einmal eine Bühne für seine Vorwürfe zu geben. Er hält sie für ungerechtfertigt.

Am Aufsichtsratschef hängt viel in diesen Tagen und Wochen. Achleitner war Finanzchef der Allianz und zuvor Deutschland-Chef von Goldman Sachs. Er kennt die Branche und ist doch unbelastet von den alten dubiosen Geschäften. Seine Aufgabe ist es nun, aufzuklären, was die Bank sich und ihrer Führung tatsächlich vorzuwerfen hat.

Im Fall Libor hat sich Achleitner mit Blick auf die Rolle der Führung bereits festgelegt. An den Libor-Zinsen, die aus Eingaben von großen Geschäftsbanken vom britischen Bankenverband ermittelt werden, hängen weltweit Finanzgeschäfte im Volumen von vielen Billionen Dollar. Diese Zinssätze soll ein Kartell von Händlern aus zahlreichen Banken, darunter die Deutsche Bank, zum eigenen Nutzen beeinflusst haben. Auch die Euribor-Zinsen, das Pendant zum Libor in der Euro-

**Der Aufsichtsratschef muss aufklären, was die Bank sich und ihrer Führung vorzuwerfen hat.**

.....



SARAH GIRNER / DER SPIEGEL

**Anwalt Thomas, Informant Ben-Artzi:** „Die Aufsichtsräte haben noch keinen vollständigen Überblick über die Fakten bekommen“

Zone, sollen Gegenstand von Manipulationsversuchen gewesen sein.

Wird die Deutsche Bank ähnlich hart bestraft wie ihre Wettbewerber, wird es für sie teuer werden. Barclays legte im Sommer die Auseinandersetzung mit britischen und amerikanischen Behörden für 468 Millionen Dollar bei. Die Schweizer Großbank UBS soll sogar vor einer Strafzahlung von rund einer Milliarde Dollar stehen – obwohl sie früh mit den Behörden kooperierte und dafür bei einigen Aufsichtern eine Art Kronzeugenstatus erhielt.

Einen solchen Status hat bei der EU-Kommission auch die Deutsche Bank. Doch die US-Behörden und die britische Finanzaufsicht ermitteln ebenfalls gegen die Frankfurter. Die BaFin steht kurz vor dem Ende einer Sonderprüfung, im Frühjahr will sie ihre Ergebnisse auswerten.

Ob schließlich auch Anshu Jain oder einer seiner Leute aus dem obersten Management durch die Affäre belastet werden, ist offen. In Jains früherem Bereich Global Markets wurden die Libor-Sätze ermittelt. Achleitner hat erklärt, aktuelle und ehemalige Vorstandsmitglieder seien nicht verwickelt gewesen. Die BaFin hat sich darauf noch nicht festgelegt.

### Die Angst vor dem Abstieg

Natürlich gilt in jedem dieser Fälle die Unschuldsvermutung, noch ist kein

Deutsch-Banker verurteilt worden, und gegen Jain wird nicht ermittelt. Was am Ende all dieser Affären und Skandale an juristisch Verwertbarem übrig bleibt, ob und in welcher Höhe es zu Strafen kommt, ist ebenfalls offen. Und doch zeigt die Fülle der Fälle, dass sich die Bank tatsächlich, wie Jain und Fitschen es bisher nur angekündigt haben, grundsätzlich ändern muss.

Für die Führung wird das mit jedem Fall, der sie selbst belastet, nicht leichter. Zwar geben Jain und Fitschen immer wieder die Parole aus, wer den Kulturwandel nicht mittrage, habe in der Bank keine Zukunft. Sie wollen Mitarbeitern, die gegen die Prinzipien der Bank verstoßen, notfalls die Boni kürzen oder sie rauschmeißen, heißt es. Das Ziel, im Wettbewerb ganz oben mitzuspielen, solle kein Alibi mehr sein, ethische Grundsätze zu missachten.

Aber können die neuen Chefs überhaupt so hart vorgehen? Der Fall Ben-Artzi lässt erahnen, wie Mitarbeiter reagieren, wenn sie sich zu Unrecht vor die Tür gesetzt fühlen. Der Whistleblower greift mit seinen Vorwürfen den Ruf der Bank an und führt zudem einen Arbeitsrechtsprozess.

Doch Jain und Fitschen stehen noch vor einem weiteren Problem: Wie kommt das an in der Belegschaft, wenn die Pre-

diger des Wandels selbst ins Visier der Ermittler geraten?

„Die Bewältigung der Vergangenheit erschwert es uns, die Zukunft und den Kulturwandel in dem Tempo zu gestalten, wie wir das gern hätten“, räumt Fitschen ein. Insofern hat die Razzia der vergangenen Woche, die die Bank stundenlang erstarren ließ, Symbolkraft. Viele Mitarbeiter der Bank empfinden ein Gefühl der Lähmung.

„Wie sollen die Leute in den Filialen ihren Kunden erklären, dass die Bank, der sie ihr Geld anvertrauen, wegen des Verdachts der schweren Steuerhinterziehung von bewaffneten Polizisten besetzt wird?“, fragt eine Mitarbeiterin.

Die Schlagzeilen über Ermittlungen gegen das Institut drohen die Geschäfte zu belasten. Ausgerechnet jetzt, da es für Banken ohnehin schwieriger wird, Geld zu verdienen. Nur einen Tag nach der Razzia warnte die Deutsche Bank, Sonderposten würden sich im Schlussquartal des Jahres „signifikant negativ“ auf den Gewinn auswirken.

Auch das ist – wie die Scharmützel mit Staatsanwälten und Schadensersatzklägern – eine Spätfolge früherer Exzesse: Viele Geschäfte werden für die Banken teurer oder fallen ganz weg, weil Regierungen neue Gesetze geschrieben haben oder weil an manchen Erfindungen der





DANIEL ROLAND / AFP

**Demonstrant vor der Deutschen Bank: Viele Kunden fühlen sich übervorteilt**

Finanzindustrie schlicht niemand mehr Interesse hat. Deshalb bauen Fitschen und Jain Tausende Stellen ab, legen Bereiche zusammen und werfen alte Wertpapiere auf den Markt, um Risiken zu reduzieren. Das soll die Gewinne auf Dauer sichern – aber erst einmal kosten die Aktionen Geld.

Wenn ein Konzern schrumpft und spart, brechen Verteilungskämpfe aus. Sparen müssen alle, auch die Bereiche, die mit den Exzessen vor der Finanzkrise wenig zu tun haben. Und auch sie trifft der Reputationsverlust, den die Deutsche Bank derzeit erleidet.

Mitarbeiter des Privatkundengeschäfts schimpfen deshalb auf die Kultur der Gier, die im Investmentbanking geherrscht habe. „Und jetzt wird eine neue Bescheidenheit für alle verordnet“, klagt ein Arbeitnehmersprecher. „Aber die da unten in den Filialen waren nicht gierig. Und der Leistungsdruck ist ja nicht geringer geworden, im Gegenteil.“

Zwar beschwört das Triumvirat an der Spitze, die Angriffe von außen ließen die Belegschaft der Bank enger zusammenrücken. Und Oberaufseher Achleitner verteidigt Jain und Fitschen gern mit dem Argument, sie könnten eine Erneuerung glaubwürdiger vertreten, gerade weil sie die Fehler der Vergangenheit kennen und ihre Folgen heute persönlich zu spüren

bekämen. Doch die Belegschaft ist gespalten, selbst im Aufsichtsrat gibt es Kritiker, die vor allem bezweifeln, dass Jain den Wandel glaubwürdig verkörpern kann. Vertreter dieser Fraktion hatten ihre Hoffnungen in Fitschen gesetzt und empfinden es als fatal, dass nun auch er ins Visier der Ermittler geraten ist.

Unübersehbar ist, dass die Entfremdung zwischen Politik und Deutscher Bank mit jeder Affäre wächst. SPD-Chef Sigmar Gabriel kommentierte das rabiate Vorgehen der Staatsanwälte in der vergangenen Woche mit den Worten, es sei „ein richtig gutes Zeichen, dass die Staatsanwälte ohne Ansehen von Person oder großen Namen ermitteln“. Man müsse den Banken zeigen, dass „sie sich im Irrtum befinden, wenn sie denken, sie stünden oberhalb des Gesetzes“.

Auch Grünen-Chef Jürgen Trittin, der in einer möglichen rot-grünen Regierung

**„Der Fisch stinkt vom Kopf her. Das gilt auch für die Vorstandsetage der Deutschen Bank.“**

wohl gern Finanzminister werden würde, griff das Top-Management hart an. „Die Deutsche Bank hat sich immer gerühmt, keine Staatshilfe angenommen zu haben. Jetzt hilft ihr die Staatsanwaltschaft bei der Offenlegung möglicher krimineller Machenschaften.“ Fitschen und Jain seien bisher an dem Anspruch gescheitert, einen Wandel einzuleiten. „Der Fisch stinkt vom Kopf her. Das gilt auch für die Vorstandsetage der Deutschen Bank.“

In der Bank herrscht derzeit tiefe Verbitterung über die Attacken aus Berlin. Dieselben Politiker, die sonst bei jeder Gelegenheit die Investmentbanker um Hilfe riefen, schlugen im nächsten Moment öffentlich auf sie ein, heißt es in Vorstandskreisen. Wenn es um Rat in der Euro-Krise oder Schuldenrückkaufprogramme für Griechenland gehe, kämen sie an der Deutschen Bank nicht vorbei, zugleich aber demontiere man sie.

„Man muss sich einmal die Frage stellen, ob wir in Deutschland noch eine globale Bank haben wollen, die deutsche Unternehmen in aller Welt begleiten kann“, sagt ein hochrangiger Manager der Bank. Darin klingt auch die Angst der Frankfurter Finanzprofis mit, die Angst vor dem Abstieg.

MATTHIAS BARTSCH, MARTIN HESSE, ARMIN MAHLER, JÖRG SCHMITT, THOMAS SCHULZ